



Sarah Brockmeier und Philipp Rotmann (2019): **Krieg vor der Haustür – Die Gewalt in Europas Nachbarschaft und was wir dagegen tun können**. Bonn: Dietz, ISBN 978-3-8012-0548-5, 238 S., 22 Euro  
Sarah Brockmeier und Philipp Rotmann rücken in »Krieg vor der Haustür« die Möglichkeiten und Notwendigkeit des

Eingreifens in gewaltförmige Konflikte in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Mittels populär gefasster Analyse dieser Konflikte, die durch anschauliche Reportagen unterfüttert wird, wollen sie eine breitere Öffentlichkeit für ihre Sichtweise gewinnen. In zahlreichen Veröffentlichungen und Stellungnahmen des Global Public Policy Institute (GPPI), einer Einrichtung, die vornehmlich das Auswärtige Amt in Berlin berät und zu einem erheblichen Teil von diesem finanziert wird, haben Brockmeier und Rotmann ihre Position bereits bekannt gemacht. Um es vorweg zu sagen: Sie fördern in ihren Reportagen eine Menge Interessantes und Lehrreiches zutage und verfolgen an konkreten Beispielen die Defizite und Unzulänglichkeiten der deutschen und internationalen Politik. Dies macht das Buch durchaus lesenswert. Die Autor\*innen beginnen ihre Ausführungen mit der deutschen Reaktion auf den Völkermord an den kurdischen Jesiden im Sommer 2014 und beklagen, die Bun-

desregierung sei zu lange untätig geblieben. Dem ist kaum zu widersprechen. Dem mörderischen Treiben des »Islamischen Staates« in Irak und Syrien hätten die Vereinten Nationen viel früher mit allen zweckmäßigen Mitteln entgegenzutreten müssen. Über den Einsatz militärischer Gewalt nachzudenken, sollte in einem solchen Fall meines Erachtens kein Tabu sein. Auch was die deutsche (Nicht-) Bereitschaft betrifft, den Vereinten Nationen im südsudanesischen Bürgerkrieg Ende 2013 zu helfen, haben die Autor\*innen mit ihrer Kritik nicht unrecht. Schließlich: Ihre empirisch bestätigten Hinweise auf eine Reihe erfolgreicher UN-Friedensmissionen sind richtig und sollten auch in einer pazifistisch gestimmten Friedensszene zur Kenntnis genommen werden. Auch ist der Grundgestus der Autoren – »es muss etwas geschehen« – Humanist\*innen durchaus sympathisch. Aber nach allem, was unter dem Vorzeichen »humanitärer Intervention« seit den 1990er Jahren angerichtet wurde, muss dieser Ansatz

doch sehr kritisch reflektiert werden. Jochen Hippler zitiert im ebenfalls in dieser W&F-Ausgabe besprochenen Buch »Krieg im 21. Jahrhundert« einen Ex-General der US-Streitkräfte, Rupert Smith: *„Man muss die Falle vermeiden, Aktivität mit Ergebnissen zu verwechseln, wie es bei der »Es muss etwas getan werden«-Denkschule so oft der Fall ist.“* (S. 34/35) Damit ist die Sache auf den Punkt gebracht: Diejenigen, die hierzulande gebetsmühlenartig nach mehr deutscher Verantwortung in der Welt durch mehr militärische Eingriffe rufen (wie jüngst die neue Verteidigungsministerin), ignorieren notorisch, was bisher mit dieser Politik erreicht bzw. angerichtet wurde, und sie bleiben eine Antwort darauf schuldig, welche konkreten Ziele mit welchen spezifischen Mitteln erreicht werden sollen.

Nun würden Brockmeier und Rotmann an dieser Stelle einwenden, es sei ja gerade ihr Anliegen, dass man für externes Eingreifen in gewaltförmige Konflikte eine politische Strategie brauche. Auch sie betonen, dass der Ruf nach Militär noch keinerlei Lösung beinhalte, und plädieren dafür, der zivilen Krisenprävention den Vorzug zu geben. Ihr Konzept ist aber von dem Widerspruch durchzogen, dass sie von allem etwas mehr wollen. Mehr zivile Friedensarbeit und zugleich mehr Militär, mehr Diplomatie und zugleich mehr machtgestützte Interessendurchsetzung passen nicht zusammen. Man kann die Kritik an dem Ansatz von Brockmeier und Rotmann in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Kritik des Militärischen ist unterbelichtet. Militärinterventionen stellten sich meist als unverhältnismäßig und kontraproduktiv heraus. Militärische Einsätze in den unkonventionellen Kriegen der Neuzeit brachten nicht die Resultate, die man von ihnen erwartet hatte. Wenn Brockmeier und Rotmann den Militärs die Aufgabe zuschreiben, mit militärischer Überlegenheit in den Einsatzgebieten die »Störenfriede« zu Friedensverhandlungen zu bewegen, so ist die Realität eine andere: Die drückende Überlegenheit der USA/NATO-Militärallianz in Afghanistan hat die Taliban nicht in die Knie gezwungen. Eher ist das Gegenteil der Fall. Und spricht nicht dieses Beispiel dafür, dass Militäreinsätze mit den unvermeidlichen »Kollateralschäden«, die mehr Hass und Wut erzeugen, den Frieden eher in die Ferne rücken?

Wenn es richtig ist, dass es in den einschlägigen Konfliktgebieten um die Etablierung politisch legitimer Herrschaft geht, was spricht dafür, dies über Armeen und Militärallianzen mit fragwürdigen Partnern vor Ort zuwege bringen zu wollen? Und Soldaten als Entwicklungshelfer? Jochen Hippler schreibt in seinem oben erwähnten Band

dazu treffend: *„Vor allem liegt es daran [dass man den Staatsaufbau nicht mit Militärs betreiben kann – PS], dass man mit einer Abrissbirne keine Geige bauen kann, unabhängig von der eigenen Geschicklichkeit.“* (Hippler, S. 264)

- Die Kritik an bestehenden Macht- und Interessenkonstellationen bleibt an der Oberfläche bzw. fehlt völlig. Nur ein Beispiel: Deutsche und Europäer könnten mehr für den Frieden tun, so Brockmeier und Rotmann. Nur: Warum tun sie es nicht? *„Manchmal stehen verkerstete Strukturen im Weg. Mal fehlen neue Ideen oder auch nur etwas Geld.“* (S. 10) Das ist als Erklärung sehr schlicht.

Zu den Widersprüchen im Buch gehört, dass Brockmeier und Rotmann zwar darauf verweisen, dass es bei den innerstaatlichen Konflikten oft um Machtverteilung und um die Konkurrenz um wichtige Ressourcen und lukrative Einnahmequellen gehe. Auf der anderen Seite scheinen diese »Verteilungskämpfe« mit uns aber nichts zu tun zu haben. Für die Bundesrepublik gehe es darum, so schreiben sie, *„unsere Werte und Interessen“* (S. 204) in der Welt zu verteidigen. Welche Werte? Welche Interessen? Und was folgt für sie daraus, dass sie selber konstatieren, die Regeln und Normen der internationalen Gemeinschaft würden permanent nicht nur durch problematische Staaten, wie Russland, China und andere, verletzt, sondern auch durch westliche Staaten? Warum wird an dieser Stelle nicht schärfer nachgebohrt, was postkoloniale Politik westlicher Staaten mit diesen Kämpfen um Ressourcen und politische Einflussmöglichkeiten zu tun hat und ob es einen Zusammenhang zur kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung gibt?

Wer im Abschnitt »Gerechtigkeit fängt zu Hause an« erwartet, Aussagen über deutsche und europäische Außenwirtschaftspolitik oder über den Umgang mit Flüchtlingen zu finden, wird enttäuscht werden. Vielmehr geht es hier um die Verfolgung von Kriegsverbrechern aus den verschiedenen Kriegsschauplätzen, die bei uns Zuflucht gefunden haben (was ohne Zweifel notwendig ist).

Vor diesem Hintergrund ist die Schlüsselbotschaft des Buches zu sehen, die lautet: In vielen Fällen habe die Staatengemeinschaft eine Strategie vermissen lassen und stattdessen nach den »Marschbefehlen« und den leichten »militärischen Siegen« eine Art Autopiloten eingeschaltet. Will heißen, man habe die Entwicklung den Beamten in den Ministerien und der Bürokratie überlassen, die die Dinge gerne so weiterlaufen lassen, wie sie sind. Brockmeier und Rotmann versuchen, dies an den Beispielen Libyen und Mali zu illustrieren. Die Geschichte vom Autopiloten vermag jedoch nicht zu überzeugen. Eine solche

Kritik ist zu einfach, zu oberflächlich. Ja, es stimmt, dass die entscheidenden Akteure nicht hinreichend definiert haben, was sie denn wirklich mit den Militäreinsätzen auf längere Sicht erreichen wollten. Sie hatten weder eine genaue Analyse der jeweiligen Konfliktlage erstellt noch die Sache vom Ende her gedacht (wer mehr über den Libyen-Konflikt wissen möchte, greife zu dem Buch von Jochen Hippler). Eine schlüssige Strategie fehlte. Jüngst haben die »Afghanistan Papers« in den USA Belege dafür geliefert, wie fatal sich dies auf den Militäreinsatz in Afghanistan ausgewirkt hat. Ein General fasst dies so zusammen: *„Uns fehlte jedes Verständnis für Afghanistan. Wir wussten nicht was wir taten.“* (zit. nach Frankfurter Rundschau, 10.12.2019, S. 6) Derselbe Befund könnte auch für die Besetzung des Irak gestellt werden. Die Frage, die zu beantworten ist, lautet: Wie konnte es zu solch fatalen (Fehl-) Entscheidungen kommen und warum scheinen Regierungen aus diesen Erfahrungen nichts zu lernen? Auf diese Grundsatzfragen bleiben Brockmeier und Rotmann eine Antwort schuldig.

Überdies ist das Bild des Autopiloten nicht stimmig, was die Autor\*innen selbst belegen. Die französische Regierung hatte in Libyen als treibender Akteur zu Beginn der militärischen Intervention 2011 durchaus ein strategisches Ziel: den Regimewechsel. Und man erhoffte sich von der Etablierung einer neuen, loyalen Regierung eine Mehrung des französischen Einflusses auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Das Machtvakuum, das die international immer schwächer werdenden USA dort hinterlassen hatten, schien dazu einzuladen. Wir reden also von imperialen Machtpolitiken, in die quasi eingeschrieben ist, dass sie sich über die örtlichen Verhältnisse erheben und ihren überlegenen Machtinstrumenten vertrauen.

Die »Autopilot«-These ist auch im Falle Malis wenig überzeugend. Es stimmt zwar, dass Mali nach der Militärintervention relativ schnell wieder aus dem Blick geraten war. Aber hat das Wiederaufleben des bewaffneten Widerstandes nicht damit zu tun, dass im Norden Malis der »War on Terror« weitergeführt wurde, dieses Mal auf Französisch? Seit einiger Zeit legen die Mitgliedstaaten der EU den Fokus darauf, mit der malischen Regierung bei der Abwehr der nach Europa strebenden Flüchtlinge zu kollaborieren. Inwiefern hat dies dazu beigetragen, dass eine repressive Sicherheitspolitik forciert wurde, die wiederum die Legitimation einer korrupten Regierung weiter untergrub?

In jedem Fall lagen diese Entwicklungen jeweils Regierungsentscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene zugrunde. Ergo bleibt die Frage: Warum setzen

sich die falschen oder ungenügenden Strategien durch? Woher kommt die Torheit der Regierenden, die man grosso modo für die Kriegsszenarien von Afghanistan bis Syrien konstatieren muss? Müssen wir nicht von der Hybris der Macht reden und von bornierten Gewinninteressen?

Es ist nicht falsch, pragmatische Reformvorschläge zu machen, aber die Weltprobleme sind ohne einen Paradigmenwechsel nicht zu lösen. Brockmeier und Rotmann schreiben, man könne nicht alle Weltprobleme ursächlich lösen. *„Es geht uns [...] nicht darum, jahrzehntelange gesellschaftliche Debatten zu lösen – ob wir keine Waffen mehr exportieren dürfen, ob wir unseren Konsum massiv einschränken müssen zugunsten fairer Handelsbedingungen oder zur Anpassung an den Klimawandel.“* Oder an anderer Stelle: *„Wir schreiben nicht über die großen, fernen Friedenschancen einer gerechteren Welt. Wir schreiben über die kleinen, konkreten Chancen für mehr Frieden und mehr Sicherheit innerhalb der ungerechten Welt.“* (S. 21)

Es braucht eine gehörige Portion Pragmatismus, wenn man in der Internationalen Politik etwas erreichen will, und es ist nicht a priori falsch, sich dabei auf Dinge zu konzentrieren, die am ehesten lösbar erscheinen. Dennoch wird mit zu kleiner Münze gehandelt, wenn die oben genannten Grundprobleme systematisch ausgeklammert bleiben. Dies scheint mir das Grundproblem solcher Politikberatungsinstanzen, wie des GPPI, zu sein: Die Nähe zu den Machthabenden verstellt den notwendigen Blick auf die Gesamtheit der jeweiligen internen wie externen Konfliktursachen. Vielleicht spielt auch eine Rolle, dass man sich nicht allzu sehr mit den »Staatenlenkern« anlegen will. Dann bleiben die weltweite Aufrüstung, nicht zuletzt der NATO-Staaten, die steigenden Waffenexporte, der »unfaire« Welthandel, die Externalisierung unserer Umweltkosten zu Lasten der Entwicklungsländer, die auch durch internationale Finanzinstitutionen bewirkte Fragilität vieler Staaten eben Nicht-Themen.

Ein friedenspolitischer Ansatz jedoch, der nur auf den Bewusstseinswandel der Regierenden setzt und ansonsten an der Dominanz der westlichen Industrienationen und den globalen Produktions-, Verteilungs- und Machtverhältnissen nicht rühren will, ist unzureichend. Da sind die Konzepte der großen christlichen Kirchen unter der Überschrift »Gerechter Friede« entschieden weiter und angemessener.

*Paul Schäfer*

Unter Einbeziehung der gängigen Literatur werden die Themen Krieg, seine Metamorphosen im Laufe der Jahrhunderte, die Bausteine des Krieges, Militär & Waffen und bewaffnete Konflikte der Neuzeit systematisch abgearbeitet. Herausgearbeitet wird schließlich eine Charakteristik der gegenwärtigen Kriege, auch die Frage betreffend: Was ist wirklich neu an den so genannten »Neuen Kriegen«?

Damit schrieb Hippler ein Buch, das Leser\*innen ein kompaktes Wissen vermittelt, welches zum Nachdenken über den Krieg anregt. Empfohlen sei es allen, die argumentativ denen etwas entgegen wollen, die Militärinterventionen das Wort reden, weil sich bestehende Konflikte nur so lösen ließen. Hippler nimmt eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen vor, was durch solche Eingriffe bewirkt wurde und woran diese letztlich gescheitert sind. Ein pazifistisches Manifest ist das Buch in der Tat nicht, weil Hippler die Frage, ob militärische Gewalt eingesetzt werden soll, um Frieden zu schaffen, zwar nicht für obsolet, aber für ethisch-abstrakt bzw. für nachgelagert hält. Er widmet sich stattdessen möglichst konkret der Frage, ob und wie Gewaltkonflikte mit militärischen Mitteln durch »äußere« Interventionen beendet bzw. gelöst werden können – oder eben nicht. Im Übrigen reichen ihm pragmatische Gründe, um gegen Krieg und Gewalt zu sein, ohne dass er die Frage nach der ethischen Gesinnung für überflüssig halten würde. Sein Buch liefert genug Gründe, um nach (!) einer unbefangenen Analyse der kriegerischen Konflikte Militärinterventionen äußerst skeptisch bis ablehnend gegenüber zu stehen.

Im Einzelnen interessant und anregend ist der Abschnitt des Buches über die Rolle der Religion in den Gewaltkonflikten. Hippler rückt dabei den Buddhismus ins Blickfeld, der ja gemeinhin als eher friedfertig gilt. Er zeigt, wie eine auf Gewaltlosigkeit gründende Ideologie bzw. Weltanschauung mit ihrer Vereinnahmung durch Staat und Machteliten schon vor Jahrhunderten »umgedreht« wurde. Am Beispiel des Zen-Buddhismus in Japan im vorigen Jahrhundert und aktuell des singhalesischen Nationalismus (Sri Lanka) wird deutlich, wie der Buddhismus als Staatsreligion und als soziale Bewegung (Mönchsorden) zur Befürwortung äußerster Gewaltanwendung genutzt wird. Die Grundeinsicht, dass es eben auf die konkret-historische Verflechtung von Religion, Staat und Gesellschaft ankomme, ist wahrscheinlich unstrittig. Aber erübrigt sich damit zugleich jegliche Unterscheidung, ob Religionen bzw. Ideologien eher friedliebend oder eher gewalttätig sein können?

Warum das Buch ein Kapitel über die »Kriege im Nahen und Mittleren Osten«



Jochen Hippler (2019): **Krieg im 21. Jahrhundert – Militärische Gewalt, Aufstandsbekämpfung und humanitäre Intervention**. Wien: Promedia, ISBN 978-3-85371-457-7, 312 S., 22 Euro  
Hipplers Werk ist nach eigenen Angaben *„kein Handbuch zur Führung von Kriegen und kein pazifistisches Manifest“*. Und doch:

enthält, erscheint auf den ersten Blick etwas willkürlich und ist darauf zurückzuführen, dass Hippler ein ausgewiesener Experte dieser Region ist. Nach der Lektüre weiß man, dass hier wie in einem Brennglas die Problematik heutiger Gewaltszenarien, ihre Einbettung in sozioökonomische Krisen und die Verwerfungen der Staatenwelt deutlich werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse macht Hippler überdies fruchtbar in einer Typologisierung der verschiedenen Kriege. Eine wichtige Erkenntnis dabei ist, dass sich die Grenzen zwischen »konventionellen« und »unkonventionellen«, zwischen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Kriegen zusehends verwischen.

Der Ausblick gerät dem Autor eher düster: Sollte die gegenwärtige Tendenz zur Entzivilisierung der Internationalen Beziehungen durch vermehrtes unilaterales Handeln anhalten, sei mit einer Zunahme dieser Kriege zu rechnen.

*Paul Schäfer*

*Er ist Mitglied der W&F-Redaktion.*